



Bundesamt für Polizeiwesen
Office fédéral de la police
Ufficio federale di polizia

3003 Bern, 25. JAN. 1984

777.54/1

740.4

750.4.4/1

Herrn Bundesrat Friedrich

Wegweisung und Ausschaffung von tamilischen
Asylgesuchstellern aus Sri Lanka nach rechtskräftigem
negativem Asylentscheid

In der Behandlung von Asylgesuchen von Tamilen aus Sri Lanka hat sich gezeigt, dass einerseits sehr viele dieser Gesuche abgelehnt werden müssen, dass aber andererseits die Rückschaffung der abgelehnten Asylbewerber in ihren Heimatstaat angesichts der dort herrschenden unsicheren Lage zu Problemen führen könnte. Es ist deshalb in dieser Sache ein Grundsatzentscheid zu fällen.

1. Im Herbst 1982 setzte ein Zustrom von Angehörigen der tamilischen Bevölkerung Sri Lankas in die Schweiz ein. Diese Personen kamen alle in der Absicht, hier um Asyl nachzusuchen. Bis Ende November 1983 haben 843 srilankische Staatsangehörige ein Asylgesuch eingereicht.
2. Ende Juli/Anfang August 1983 kam es in Sri Lanka erneut zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit (74%) und der tamilischen Bevölkerungsminderheit (18%). Unmittelbar ausgelöst wurden die Unruhen nach der Ermordung von 13 Regierungssoldaten durch tamilische Terroristen im Norden der Insel, wo sich um die Stadt Jaffna eine eigentliche Tamilenzone befindet. Die Ausschreitungen haben unter der tamilischen Bevölkerung viele Opfer gefordert (offizielle Angaben: gegen 400 Tote,

inoffizielle Angaben: 2'000 Tote; 150'000 Flüchtlinge). Verantwortlich für die wiederkehrenden Unruhen in Sri Lanka sind hauptsächlich ethnische Gründe, die durch religiöse, sprachliche und allgemein kulturelle Unterschiede noch verstärkt werden. Der singhalesischen Mehrheit ging es seit der Unabhängigkeit im Jahre 1948 darum, die Vorzugsstellung, welche die tamilische Minderheit in der Kolonialzeit erreicht hatte und die mit einer sozialen und wirtschaftlichen Besserstellung verbunden war, aufzuheben. Das zum Teil über das Ziel hinausschiessende Vorgehen der Singhalesen hat bei den Tamilen immer wieder heftigen Protest ausgelöst, und dazu geführt, dass verschiedene Gruppierungen heute einen selbständigen Tamilenstaat fordern, was selbstverständlich von der singhalesischen Mehrheit nicht akzeptiert werden kann.

3. Ueber die Frage, ob die Ausschreitungen gegen die tamilische Minderheit als Rassenverfolgung bezeichnet werden können, bestehen unterschiedliche Auffassungen. Das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge nimmt die Stellung ein, dass die Vorgänge in Sri Lanka nicht mit einer Rassenverfolgung gleichgesetzt werden können (Beilage 1). Zu diesem Schluss gelangt man auch angesichts des Umstandes, dass Tamilen je nach Alter, Herkunft und sozialer Stellung in unterschiedlichem Masse betroffen waren. Ebenfalls muss darauf hingewiesen werden, dass die Opfer unter der tamilischen Bevölkerung nicht bewusst ausgewählt wurden, dass also keine gezielten individuellen Verfolgungsmassnahmen sichtbar sind. Hiezu sei jedoch auf die Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland aufmerksam gemacht: "Richtet sich politische Verfolgung gegen Gruppen von Menschen, die durch gemeinsame Merkmale wie etwa Rasse, Religion oder politische Ueberzeugung verbunden sind, so ist in aller Regel davon auszugehen, dass sich diese Verfolgung gegen jeden Angehörigen der verfolgten Gruppe richtet."

(BVerwG, Urteil vom 2.8.1983, zitiert aus NJW 1983, Heft 45; Beilage 2). In der schweizerischen Asylpraxis wurden solche Ueberlegungen bisher nicht angestellt. Sie würden zur generellen Anerkennung als Flüchtlinge von verschiedensten Minderheiten führen (syrisch-orthodoxe Christen in der Türkei, Kurden, religiöse Sekten in verschiedenen Ländern etc.). Im übrigen ist die Situation in Sri Lanka nicht derart, dass die Gefahr von Rechtsgutverletzungen mit grosser Wahrscheinlichkeit besteht. Demgegenüber gibt es Hinweise darauf, dass Mitglieder der srilankischen Regierung die herrschenden Spannungen zu ihren persönlichen Zwecken ausnützen.

4. Bis Ende November 1983 sind von unserem Amte 162 srilankische Asylgesuche (165 Personen) erledigt worden. Die eröffneten 131 Entscheide (betreffend 132 Personen) waren alle negativ. Die Ablehnung erfolgte mit der Begründung, dass die Gesuchsteller nicht glaubhaft machen konnten, dass sie persönlich einer besonderen asylrelevanten Gefährdung ausgesetzt gewesen waren.

Bei einigen Tamilen wird jedoch anerkannt, dass ihre vorgebrachten Gründe beachtlich sind. Diese Asylgesuche, die beim heutigen Behandlungsstand ca. 15% ausmachen, müssten gutgeheissen werden, wenn man nicht eine mehr oder weniger eindeutige Verletzung des Asylgesetzes in Kauf nehmen will. Bis heute wurden aber noch keine positiven Asylentscheide eröffnet. Es bestand einige Unsicherheit, ob solche Entscheide nicht einen zusätzlichen Anreiz schaffen würden, um in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen.

5. Die Rückschaffung der Tamilen in ihr Heimatland kann mit einer ernsthaften Gefährdung verbunden sein. Das UNO-Hochkommissariat wie auch Amnesty International raten wegen der unsicheren Lage in Sri Lanka von einer Rückschaffung der Tamilen im heutigen Zeitpunkt ab (Beilagen 1 und 3).

Die Schweizerische Botschaft in Sri Lanka teilte uns mit (Beilage 4), dass nicht auffallende Rückreisende mit gültigen Pässen kaum mit Problemen rechnen müssten. Träger von Ersatzpässen (solche müssten schätzungsweise in 80 - 90% der Fälle ausgestellt werden) würden von der Kriminalpolizei eingehend untersucht. Wer darüberhinaus zum Aktivistenkreis der Unabhängigkeitsbewegung oder sogar zur Terrorszene gehört, müsse mit der Inhaftierung rechnen, bis sein Fall abgeklärt sei, was nach den gesetzlichen Grundlagen in Sri Lanka bis zu 18 Monaten dauern kann. Dass der Bericht der Botschaft zutreffen dürfte, zeigen die beigelegten Zeitungsausschnitte, die über die Einvernahme zurückkehrender Asylbewerber durch den Sicherheitsdienst berichten (Beilagen 5 bis 7). Die allgemeine Lage ist heute gekennzeichnet durch eine weitverbreitete Verunsicherung der Bevölkerung, sodass in absehbarer Zeit nicht von einer Stabilisierung gesprochen werden kann (vgl. Beilage 8).

6. Da die Asylgesuche zumindest teilweise auch wirtschaftlich motiviert sind, kann der Zustrom von Asylbewerbern aus Sri Lanka nur dann gestoppt werden, wenn im Falle eines negativen Asylentscheides der Ausländer auch zum Verlassen der Schweiz verhalten, notfalls ausgeschafft werden kann. Von der Durchführung der Repatriierung hängt im übrigen zu einem grossen Teil die Glaubwürdigkeit der Asylpolitik ab. Wenn nämlich im Falle der Tamilen die abgelehnten Asylbewerber nicht in ihren Heimatstaat zurückgeschafft werden können, muss ernsthaft die Frage gestellt werden, warum ihnen kein Asyl gewährt wird. Schliesslich ist die allgemeine Stimmungslage in der Bevölkerung und bei den Behörden der betroffenen Kantone zu berücksichtigen.

Aus den dargelegten Gründen schlagen wir Ihnen folgendes Vorgehen vor:

1. Es werden grundsätzlich auch positive Asylentscheide getroffen. Mit ihrer Eröffnung wird indessen vorläufig zugewartet, um nicht eine zusätzliche Sogwirkung zu verursachen.
2. Bei negativen Asylentscheiden erfolgt grundsätzlich eine Ausschaffung. Dabei ist in Kauf zu nehmen, dass in Einzelfällen Schwierigkeiten bei der Ankunft in Colombo entstehen können.
3. Ist eine Ausschaffung nicht verantwortbar und lautet der Asylentscheid negativ, wird die Internierung angeordnet.

BUNDESAMT FUER POLIZEIWESEN

Der Direktor

sig. Hess

Beilagen:

- Beilage 1: Kopie Brief UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge vom 4. November 1983
- Beilage 2: Kopie aus NJW 1983, Heft 45
- Beilage 3: Kopie Telex Amnesty International vom 7. September 1983
- Beilage 4: Kopie Telegramm Schweizerische Botschaft in Colombo vom 30. November 1983
- Beilage 5: Kopie Zeitungsausschnitt Daily Mirror vom 29. Oktober 1983
- Beilage 6: Kopie Zeitungsausschnitte Sun vom 29. Oktober 1983 und Daily Mirror vom 31. Oktober 1983
- Beilage 7: Kopie Zeitungsausschnitt Daily News vom 13. Oktober 1983
- Beilage 8: Situationsbericht der Schweizerischen Botschaft in Colombo vom 20. Dezember 1983

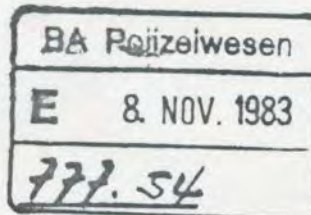
NATIONS UNIES
HAUT COMMISSARIAT
POUR LES RÉFUGIÉS



UNITED NATIONS
HIGH COMMISSIONER
FOR REFUGEES

ERS/1887/83

Télégrammes : HICOMREF
Télex : 27492 UNHCR CH
Téléphone : 31.02.61



Palais des Nations
CH-1211 GENÈVE 10

4 November 1983

Dear Sirs,

752.111... 753.11
Lit. Soc. 506.1

We refer to your letter of 19 August 1983 for which we thank you and confirm that our position à propos Sri Lankan Tamils has been discussed with you orally.

(1) Responsibility of the State

The concern that you have raised is dealt with under paragraph 65 of our Handbook on Procedures and Criteria for Determining Refugee Status which states as follows:

"(g) Agents of persecution

65. Persecution is normally related to action by the authorities of a country. It may also emanate from sections of the population that do not respect the standards established by the laws of the country concerned. A case in point may be religious intolerance, amounting to persecution, in a country otherwise secular, but where sizeable fractions of the population do not respect the religious beliefs of their neighbours. Where serious discriminatory or other offensive acts are committed by the local populace, they can be considered as persecution if they are knowingly tolerated by the authorities, or if the authorities refuse, or prove unable, to offer effective protection."

The present situation in Sri Lanka is still somewhat unsettled and at this stage it is not possible to give a clear indication of the rights of Tamils or the guarantee of their protection. According to reports received by us, the security situation has improved considerably since the civil disturbances in July.

(2) Persecution for reasons of race or religion

According to information available to us the Sri Lankan Government is attempting to find a solution to the civil problem between the Sinhalese and Tamils. However, it must be emphasized the recent conflict has seriously jeopardized this process and there can be a polarisation of the communities which would make the attainment of such a solution in the near future very difficult. Whilst there is some discrimination against Tamils for historical

.../2

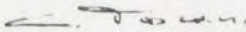
Office fédéral de la police
3003 Berne



reasons, this may not be tantamount to persecution. The Government is attempting to involve more Singhalese in the various facets of government and commerce as well as education, sometimes to the prejudice of Tamils but it justifiably alleges it is merely trying to redress a past imbalance which was instituted by the colonial power. It follows therefore that each case would need to be examined on its individual merits.

For the present, due to the continuing uncertainty in that country, we urge that the present policy of not returning Sri Lankan Tamils to that country be maintained until a clearer picture of the situation there emerges.

Yours faithfully,


C. Toscani
Chief
Europe Regional Section

20.† GG Art. 16 II 2; GenfKonv Art. 1 Buchst. A Nr. 2; AsylVfG § 2 (Inländische Fluchtalternative im Asylrecht)

1. Richtet sich politische Verfolgung gegen Gruppen von Menschen, die durch gemeinsame Merkmale verbunden sind, so ist davon auszugehen, daß jeder einzelne Angehörige der Gruppe von deren Verfolgungsschicksal persönlich mitbetroffen ist, sofern nicht Tatsachen die dafür sprechende Regelvermutung widerlegen.

2. Des Schutzes vor politischer Verfolgung im Ausland bedarf es nicht, wer den gebotenen Schutz vor ihr auch im eigenen Land finden kann. Das ist dann der Fall, wenn dem Asylbewerber zwar in Teilen seines Heimatlandes politische Verfolgung erstmalig oder wiederholt droht, er aber in anderen Teilen ohne Furcht vor politischer Verfolgung leben kann, sog. inländische Fluchtalternative.

3. Maßgeblich für die Beurteilung, ob die Voraussetzungen einer Fluchtalternative vorliegen, ist nur der Zeitpunkt der letzten gerichtlichen Tatsachenentscheidung.

4. Demjenigen, der schon einmal politische Verfolgung erlitten hat, kann die Rückkehr in den Verfolgerstaat nur zugemutet werden, wenn sich eine Wiederholung der Verfolgung mit hoher Wahrscheinlichkeit ausschließen läßt. Verbleiben ernstliche Bedenken, ob das der Fall ist, führt es zur Anerkennung des schon einmal Verfolgten als asylberechtigter.

BVerwG, Ur. v. 2. 8. 1983 - 9 C 599.81 (München)

Zum Sachverhalt: Die Kl. sind türkische Staatsangehörige aramäischen Volkatums und syrisch-orthodoxe Christen. Sie stammen aus der Stadt M. in der Provinz M. im Südosten der Türkei, dem Gebiet, das die dortigen Christen Tur Abdin (Berg des Gottesknechts) nennen. Die Kl. zu 1 und 2 sind Eheleute. Die Kl. zu 3 bis 5 sind ihre minderjährigen Kinder. Die Kl. sind Ende September 1976 aus ihrer Heimat in die Bundesrepublik Deutschland gekommen und haben hier Asyl beantragt.

Das Asylbegehren der Kl. blieb im Verwaltungsverfahren und in den gerichtlichen Vorinstanzen ohne Erfolg. Das BVerwG hat ihnen die Asylberechtigung zugesprochen.

Aus den Gründen: Die Revision führt die Klage zum Erfolg. Die Kl. sind asylberechtigt.

1. Zutreffend ist das BerGer. davon ausgegangen, daß die Kl. in ihrer Heimatregion vor der Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland im September 1976 politische Verfolgung erlitten haben.

Nach seinen das RevGer. gem. § 137 II 2 VwGO bindenden tatsächlichen Feststellungen hatte sich infolge der Zypernkrise und des Bürgerkrieges im Libanon etwa Mitte der 70er Jahre der Gegensatz zwischen Christen und Moslems im Tur Abdin verschärft. Seitdem fristeten die Christen dort in einer intoleranten Umwelt ungeschützt ein beschwerliches Dasein. Sie erlitten schwere, z.T. existenzbedrohende Benachteiligungen und mußten gewalttätige Übergriffe hinnehmen, denen nicht nur, aber jedenfalls auch religiöse Motive zugrunde lagen. Ab 1975 kam es in der Region zunehmend zu schweren, von moslemischen Kurden an Christen begangenen Straftaten, wie Mord, Mordversuch, Entführung, Viehdiebstahl und Sachbeschädigung. Um 1976 nahm die Auswanderung der Christen aus der Region zunehmend Fluchtcharakter an. Ihre Zahl von ursprünglich 70000 sank auf einen Bruchteil ab. Die Sachwalter des türkischen Staates, Polizei und Gerichte, ahndeten das Vorgehen der Moslems aufgrund der weitgehend von feudalen Stammes- und Religionsführern bestimmten Machtstruktur in der Region nicht oder völlig unzureichend.

Diesen Sachverhalt hat das BerGer. zu Recht dahin gewürdigt, daß zu der Zeit, in der die Kl. ihre Heimat verließen, die syrisch-orthodoxen Christen dort von Moslems in einer dem türkischen Staat zuzurechnenden Weise als Gruppe asylherbehaftet verfolgt und daß auch die Kl. von dieser Verfolgung betroffen waren. Richtet sich politische Verfolgung gegen Gruppen von Menschen, die durch gemeinsame Merkmale wie etwa Rasse, Religion oder politische Überzeugung verbunden sind, ...so ist in aller Regel davon auszugehen, daß sich diese Verfolgung gegen jeden Angehörigen der verfolgten Gruppe richtet" (BVerfGE 54, 341 [358f.] = NJW 1980, 2641). Das bedeutet, daß jeder Angehörige der Gruppe als von deren Verfolgungsschicksal in seiner Person unmittelbar mitbetroffen anzusehen ist, wenn nicht Tatsachen die dafür sprechende Regelvermutung widerlegen, Tatsachen, aus denen sich ergibt, daß der einzelne Angehörige von der Gruppenverfolgung ausgenommen war. Solche Tatsachen sind bei den Kl. nicht feststellbar. Sie verließen ihre Heimat zu der Zeit, in der dort grundsätzlich jeder einzelne syrisch-orthodoxe

Christ in seiner Person von den kollektiven Verfolgungsmaßnahmen betroffen und wegen seines Glaubens konkret gefährdet war, und die Zahl der christlichen Familien schon stark geschrumpft war und ihre Ausreise fluchtartigen Charakter angenommen hatte. Dafür, daß die Kl. aufgrund für sie bestehender besonderer Umstände nicht hätten zu befürchten brauchen, von der Verfolgung der Glaubensgenossen erfaßt zu werden, oder daß die bestehende Verfolgungssituation nicht das Motiv ihrer Ausreise gewesen sei, ist nichts ersichtlich. (Wird ausgeführt.)

2. Frei von Rechtsirrtum ist das BerGer. weiterhin davon ausgegangen, daß der Anerkennung als Asylberechtigter in der Bundesrepublik Deutschland sowohl nach Art. 16 II 2 GG als auch nach Art. 1 lit. A Nr. 2 GenfKonv entgegensteht, wenn dem Asylbewerber zwar in Teilen seines Heimatstaates politische Verfolgung erstmalig oder wiederholt droht, er aber in anderen Teilen des Landes ohne Furcht vor politischer Verfolgung leben kann, sog. inländische Fluchtalternative. Das Grundrecht auf Asyl, das Art. 16 II 2 GG gewährleistet, gilt dem Schutz vor der vom Staat ausgehenden oder von ihm zu verantwortenden politischen Verfolgung. Das ergeben Entwicklungsgeschichte und Zielsetzung des Grundrechts und ist in st. Rechtsprechung von BVerfG und BVerwG dargelegt worden (BVerfGE 9, 174 [180] = NJW 1959, 763; BVerfGE 54, 341 [357] = NJW 1980, 2641; BVerwGE 39, 27 [29]; 65, 250 [251] = NwZ 1983, 160; BVerwG, InfAusR 1983, 228 [230], zur Veröffentlichung in BVerwGE bestimmt). Danach bedarf des Schutzes vor politischer Verfolgung im Ausland nicht, wer den gebotenen Schutz vor ihr auch im eigenen Land finden kann (vgl. BVerwGE, Buchholz 402.24 § 28 AuslG Nrn. 20 u. 22). Entsprechendes gilt nach § 2 AsylVfG (und galt zuvor nach § 28 letzter Hs. AuslG), wenn ein politisch Verfolgter, der in der Bundesrepublik Deutschland Asyl begehrt, bereits in einem anderen Staat Schutz vor Verfolgung gefunden hat, sog. ausländische Fluchtalternative. Maßgeblich für die Beurteilung der Frage, ob die Voraussetzungen einer in- oder ausländischen Fluchtalternative vorliegen, ist, wie stets bei der Beurteilung asylrechtlicher Sachverhalte, der Zeitpunkt der letzten gerichtlichen Tatsachenentscheidung (BVerwGE 54, 341 [359f.] = NJW 1980, 2641). Es kommt also, was im Hinblick auf in Rechtsprechung und Schrifttum bisweilen gebrauchte Formulierungen vorsorglich vermerkt sei, nicht etwa (auch) auf die Lage im Heimatland zur Zeit der Flucht an.

3. Entgegen der Meinung des BerGer. ist jedoch zu verneinen, daß für die Kl. in Istanbul, wo sie nach dem Ergebnis der berufsgerichtlichen Beweisnahme allein in Betracht kommt, eine inländische Fluchtalternative besteht. Die Kl. sind, wie dargelegt, im Heimatland bereits einmal von politischer Verfolgung betroffen gewesen. Ihnen kann daher die Rückkehr in den Verfolgerstaat oder in Teile desselben nach BVerwGE 54, 341 nur zugemutet werden, „wenn eine Wiederholung der Verfolgungsmaßnahmen mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen ist“ (S. 361f.). Das bedeutet nach der Rechtsprechung des erkennenden Senats, daß an die Wahrscheinlichkeit des Ausschlusses einer Wiederholungsverfolgung hohe Anforderungen zu stellen sind. Läßt sich für einen Asylbewerber, der in der Vergangenheit bereits einmal politische Verfolgung erlitten hat, nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ausschließen, daß er bei einer Rückkehr in seinen Heimatstaat erneut politischer Verfolgung ausgesetzt sein wird, so ist eine Asylberechtigung anzuerkennen (BVerwGE, Buchholz 402.24 § 28 AuslG Nr. 27, s. ferner BVerwGE 65, 250). Das gilt nicht nur in bezug auf die Situation in der bisherigen Heimatregion des Asylbewerbers, sondern muß ebenso auch am möglichen Ort einer inländischen Fluchtalternative beachtet werden. Das hat das BerGer. hier verkannt. Nach dem Ergebnis seiner eingehenden und umfangreichen Beweiserhebung über die Lage der syrisch-orthodoxen Christen in Istanbul lassen sich ernstliche Bedenken nicht ausraumen, daß den Kl. in Istanbul, wo sie nach den Feststellungen des BerGer. in einer den Christen nicht selten feindlichen Umwelt leben müßten, erneut Verfolgung wegen ihres Glaubens droht. (Wird ausgeführt.)

Anm. d. Schriftltg.: Zum anderweitigen Verfolgungsschutz vgl. auch Bethäuser, Der anderweitige Schutz vor Verfolgung im Asylrecht, Diss. Frankfurt 1983; Kanein, NVwZ 1983, 377

H/16
Z
H/16
+1
sch

Kopie: Hans - Monique

* 32581 AMINT CH
* 28502 AMNSTY G

* ATTN: AMNESTY

* ATTN: ALL REFUGEE COORDS+

* SEPT 7 1983

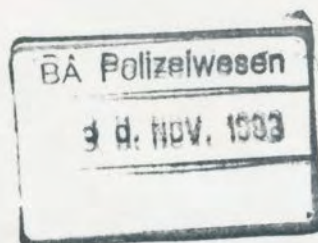
* TLX: 158/ASA

* RE: REFOULEMENT OF TAMILS TO SRI LANKA

* WITH REGARD TO ANY QRY'S U RECV, AI'S POSITN IS AS FOLLS:

* IN LIGHT OF RECENT INFO RECVD ON KILLINGS OF TAMILS BY GOVT FORCES
* (SEE ITEMS IN W/U NBRS 28, 29 AND 30), AI IS OPPOSED TO REFOULEMENT
* OF ALL TAMILS AT PRESENT TIME. AI HAS URGED PRESIDENT JAYEWARDENE
* TO TAKE STEPS TO PREVENT FURTHER KILLINGS, BUT IN PRESENT UNCERTAIN
* SITUATN, TAMILS - PARTICULARLY THOSE WITH PREVIOUS RECORD OF POLITICA
* L
* INVOLVEMENT - MAY STILL BE AT RISK.

* YVONNE TERLINGEN
* S. ASIA RESEARCH
* 28502 AMNSTY G
* 32581 AMINT CH

Beilage 4

9
1030.11.

* *

32610A BAP CH

* 331510 EDA CH

* NACHSTEHEND C H I F F R I E R T E S TELEGRAMM AS AUS:

* COLOMBO 30.11.1983 14.00

* 108 HHHHH

* FUER BAP, ZUERCHER

- * IHR TX 115 V. 22.11.83. AUFGRUND IHRER AUSKUENFTE KANN ICH ANFRAGE
- * WIE FOLGT BEANTWORTEN, DH. WIE ICH LAGE BEURTEILE:
- * NACH DEN RASSENUNRUHEN UND BESONDERS DER SEHR AKTIVEN PROPAGANDA
- * DER TAMILIEN IM AUSLAND GEGEN DIE HEUTIGE REGIERUNG UND FUER
- * EELAM WURDE DIE EINREISEKONTROLLE DER POLIZEI VERSTUERKT WIE AUCH
- * ARTIKEL 105-108 GEMAESS M. BRIEF ... DEUTLICH DARLEGEN.
- A. RUECKREISENDE MIT GUELTIGEN, NICHT OFFENSICHTLICH GEFUELSCHTEN
- * PAESSEN DIE NICHT DURCH AEUSSERLICHKEITEN WIE GRUPPENREISENDE
- * KEIN GEPAECK ETC. AUFFALLEN, MUESSEN KAUM MIT PROBLEMEN RECHNEN,
- * WOHL ABER MIT DEN UEBERALL UEBLICHEN STICHPROBENKONTROLLEN.
- B. WER MIT BESCHAEDIGTEN ODER OFFENSICHTLICH GEFUELSCHTEN PAESSEN
- * EINREIST, MUSS MIT PROBLEMEN RECHNEN, WAS WOHL NORMAL IST.
- C. WER MIT NEUEN ZEITLICH BESCHRAENKTEN PAESSEN ODER EINWEG
- * LAISSEZ-PASSER IN GENF AUSGESTELLT REIST, WURDE BESTIMMT AUS GENF
- * GEMELDET UND WIRD HIER UNTER DIE LUPE GENOMMEN VON DER KRIMINAL-
- * POLIZEI
- D. FALLS ES SICH UM HARMLOSE STELLENSUCHENDE HANDELT, OHNE VER-
- * BINDUNG ZUR TERRORSZENE WIRD WOHL EINE EINGEHENDE UNTERSUCHUNG UEBER
- * SICH ERGEHEN LASSEN MUESSEN UND EV. FUER DEN PASSVERLUST, DH.
- * ZERSTOERUNG MIT EINER BUSSE BESTRAFT.
- E. WER ALS AKTIVEEELAMIST BEKANNT IST ODER GAR ZUR TIGERGRUPPE
- * BEZIEHUNEN HAT/HATTE, MUSS MIT VERHAFTUNG RECHNEN, BIS ZUR AB-
- * KLAERUNG SEINES FALLES. ICH GEHE WOHL KAUM FEHL IN DER ANNAHME,
- * DASS WIRKLICHE TERRORISTEN SICH VOR DEM RUECKSCHUSS ILLEGAL AUS
- * DER SCHWEIZ ABSETZEN, GLEICH WIE SIE WERTENKAMEN UND DABEI VON

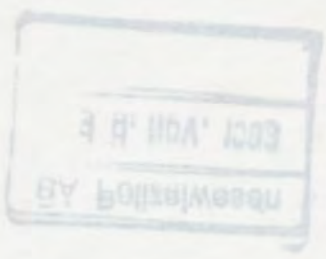
- * EELAMISTENKREISEN IN PARIS ODER LONDON UNTERSTUETZT WERDEN.
- * G. SCHLAGE VOR, MOEGLICHST EINZELREISENDE MIT SR DAMIT SIE NICHT BEREITS AUF DEM FLUG ERKANNT WERDEN VOM FLUGPERSONAL UND EV. DEN BEHORDERN GEMELDET.
- * H. FUER DIE PASSKONTROLLE BEI DER EINREISE IST GRUNDSAETZLICH DIE IMMIGRATION ZUSTAENDIG, WELCHE ABER POLIZEI BEIZIEHT FALLS OBER BESCHRIEBENE PROBLEME AUFTAUCHEN.
- * HOFFE, DIESE ANGABEN SEIEN IHNEN NUETZLICH. OCHSENBEIN

- * 30.11.83 11H35 +?#
- * 32610A BAP CH
- * 33151C EDA CH++

30.11.83/11:35

DE WERBEN SVR - IRENCHER

- * 306 44444
- * 000000 30 11 1983 14 00
- * WACHLEHEND S H T E R M I E R I E S TELEGRAMM V3 VU2:
- * 33737C ZOV CH
- * 33737C SVR CH



Handwritten signature

Handwritten text: 30.11.83

Sri Lanka/
Tamilen/
Nat.
Probleme

CID to quiz deportees on terrorist links

(By Bandara Disanayake)

SRI LANKANS who have political asylum abroad and who return to the country are to be interrogated about their terrorist connections.

According to Foreign Affairs Ministry sources in the last 12 months a large number of Sri-Lankans had gone to Germany, Switzerland and other western

countries seeking political asylum.

These countries have rejected them. These dejected people are coming back or are being deported by the foreign governments.

The Ministry has directed the CID to investigate their antecedents, as to how they managed to go abroad with or with-

out passports the route taken, whether they have had any terrorist connections or helped in terrorist activities abroad and their parents' political connections.

Many of these Sri Lankans were coming through India and Talaimannar but as the ferry service has been suspended they now come via Katunayake.

Beilage 5

105

ZA Sri Lanka/
Tamilen/
Nat.
Probleme

Beilage 6

Bail for youth

Colombo Fort Magistrate S. I. Inam Thursday granted bail of Rs. 5750 to a Tamil youth who had appeared on a false name and provided false information. The suspect was produced by the C.I.D.

He was apprehended by the C.I.D. at the Katunayake airport after he had arrived in Sri Lanka from Switzerland.

The police submitted to court that the suspect had gone to Switzerland and worked there in a hotel for three months. The suspect had sought asylum there. He was sent back.

Investigations revealed that Sam Kumar had burnt his temporary passport on arrival here. He had made a false statement that his passport was given to another and subsequently lost.

The police did not object to bail being granted. They were also awaiting advice from the Attorney-General.

He (suspect) was ordered to appear twice a week at the C.I.D. and was prohibited from leaving the country.

The case was put off for November 15 for a further report.

Bail for deportee

(By Bandara Dissanayake)

Rastah Ravindra Kumar a deportee from Switzerland who was produced before Mr. S I Inam Fort Magistrate on Wednesday was ordered cash bail of Rs. 750 and surety bail of Rs 5,000. In addition he was ordered to report once a fortnight on Sundays at the CID headquarters.

Sub-Inspector Wakista of the CID producing the suspect said that Kumar had been taken to custody in Geneva as he did not have a passport and was using a false name.

Investigations revealed that Kumar had asked for a visa under a false name and later tried to get political asylum in that country. He had been deported.

The Police officer said he was making further investigations. He did not oppose bail. Mrs. Malkanthie Wickramanayake Attorney-at-Law said that Kumar who was her client was a hotel employee in Geneva and as his visa had expired he had come with his own money. There was nothing against her client, she said.

104

BA Polizeiwesen
E 20. OKT. 1983
722.3

H 16

CID probes

Bid to smuggle out passports

By Rohan Perera

Customs officers attached to the General Post Office have detected an attempt to smuggle out Sri Lankan passports to France, West Germany, Switzerland and Canada by registered post.

Around 100 registered packets addressed to Lankans abroad which

were described as "printed matter" were found to contain passports.

Postal authorities have called in the CID to investigate this racket which they believe has been going on for some time undetected.

Customs sources said the packets which were received at the GPO from various post offices were detained on suspicion and the senders were informed to call over at the GPO. As there was no response from the senders, the customs opened the packets.

They believe that an organised group was sending out passports under fictitious names and addresses to Lankans abroad, who for various reasons, do not have passports.

A senior customs officer said that under the Immigration Act, no person could send out a passport without the approval of the Controller of Immigration.

He said it was possible that many persons would have used these 'forged' passports to travel back home.

Beilage 8

SCHWEIZERISCHE VERTRETUNG
REPRÉSENTATION SUISSEin / à Colombo

an	HTARY SA			a/a
Datum	2/12			
Visa				
EDA	21.12.83		15	
Ref.	P.B. 73. S.L.O.			

D F A E

Direction politique
(Division politique II)Ihr Zeichen
Votre référenceIhre Nachricht vom
Votre communication duUnser Zeichen
Notre référenceDatum
Date

342.0 - OC/DJ

20.12.1983

Gegenstand / Objet Insécurité, inquiétude et incertitudes

Ce sont ces mots, malheureusement négatifs, qui s'appliquent le mieux, à mon avis, à la situation actuelle à Sri Lanka, près de six mois après les violences qui l'ont déchiré.

Bien que le Gouvernement cherche par tous les moyens à apaiser les esprits et à minimiser ce qu'il appelle maintenant les perturbations de juillet, l'insécurité est ressentie partout, et l'inquiétude est omniprésente.

Elles sont naturellement les plus marquées chez les Tamouls. Plus de 50.000 d'entre eux ont trouvé refuge dans le nord et continuent de vivre dans des camps. Jaffna, la capitale de cette région, ressemble, paraît-il, à un ghetto. Certes, la vie y a repris son cours, mais la population vit constamment sous une double menace : la présence de milliers de policiers et soldats cinghalais, eux-mêmes nerveux et inquiets, et lourdement armés, et celle, invisible, des Tigres de la Libération, mutins, insurgés et autres extrémistes, tous partisans farouches du séparatisme et, pour y parvenir, de toutes violences, peu soucieux d'ailleurs des dures représailles possibles contre leurs coreligionnaires.

Ailleurs, dans le pays, les Tamouls continuent de vivre dans la peur, l'anxiété même, et l'incertitude de l'avenir. Dix-huit mille d'entre eux vivent encore dans des camps de réfugiés, et refusent d'en sortir, malgré les subsides et facilités alléchantes qui leur sont offertes pour qu'ils reprennent leurs activités. Beaucoup d'autres Tamouls vivent dans la clandestinité et n'ont pas repris leurs occupations. Deux cent quarante médecins manquent par exemple

./.

à l'appel dans les hôpitaux. (La plupart d'entre eux ont d'ailleurs trouvé entre-temps des postes à l'étranger). 700 écoles tamoules restent fermées, faute d'élèves ou de personnel enseignant. Des milliers de fonctionnaires et d'employés n'ont pas repris le travail dans l'administration. Leurs maisons et leurs biens ayant été pillés puis brûlés, ils sont retournés dans le nord, où ils sont chômeurs, ou bien vivent d'expédients, à Colombo, chez des amis secourables.

A part quelques exceptions, la plupart des commerçants tamouls n'ont pas non plus rouvert leurs magasins ou échoppes, détruits en juillet. La raison : plusieurs de ceux qui ont eu le courage de se remettre à l'oeuvre ont reçu des lettres anonymes de menace de mort, ou se sont retrouvés un beau soir assommés devant leurs magasins, dont les vitres avaient été enfoncées à coup de pavés. Le message était clair : Tamils, go home !

Ce manque de sécurité n'est pas de nature à encourager les autres minorités. Les Musulmans sont particulièrement inquiets, car des tracts annonçaient, en juillet : Aujourd'hui les Tamouls, demain les Musulmans, puis les Chrétiens. Beaucoup de ces Musulmans, commerçants en pierres précieuses, ont cessé d'investir, réduit les ventes, et vivent au jour le jour en attendant une éclaircie. L'un d'eux, qui m'interrogeait sur les conditions d'établissement définitif en Suisse, me confiait que ses pierres et ses bijoux les plus précieux restaient enterrés quelque part...

L'inquiétude et l'incertitude du lendemain sont un peu plus masquées chez les Cinghalais, mais se font quand même jour, ici et là. Dans l'hôtellerie, notamment, qui a fortement souffert des déchainements ethniques de juillet et qui annonce, en pleine saison touristique, des taux d'occupation bien inférieurs à 50%.

Les milieux économiques, eux aussi, sont pessimistes. On n'incendie pas sans conséquences fâcheuses 116 fabriques et usines dont beaucoup étaient orientées vers l'exportation. D'autres exportations ont subi des retards, durant et après les événements. Les importateurs étrangers se sont alors lassés et tournés vers d'autres marchés.

Un autre exemple symptomatique : la Suisse a financé l'achat de milliers de lunettes, pour des paysans du nord du pays qui, souffrant de cataracte, avaient été opérés le printemps dernier. Il faudrait maintenant adapter sur chacun d'eux les lunettes. Les médecins compétents en la matière, cinghalais de l'Eye Hospital de Colombo, refusent catégoriquement de se rendre dans le nord. "Nous tenons trop à la vie pour risquer une telle aventure. Laissons à l'armée et à la police prendre de tels risques".

Le même sentiment paraît être ressenti à l'échelon gouvernemental. Le Président vient par exemple d'interdire une "Marche de la Paix" qu'un Mouvement local s'apprêtait à organiser, du sud au nord,

pour tenter de cristalliser l'attention du pays "sur la nécessité de créer un meilleur climat entre les deux ethnies". Raison invoquée: trop risqué. Le Président avait en effet reçu des messages selon lesquels les responsables de ce Mouvement n'arriveraient pas vivants à Jaffna.

Les colloques de la Nouvelle Delhi n'ayant pratiquement rien donné, on se lance maintenant dans une autre direction: une rencontre de tous les partis concernés. Mais cette initiative soulève aussitôt de nouvelles inconnues. Le TULF, parti des Tamouls, sera-t-il invité? Si oui, acceptera-t-il de participer aux discussions? Ses dirigeants reviendront-ils d'Inde, où ils s'étaient réfugiés? Abandonneront-ils l'idée du séparatisme, que le Gouvernement exclut a priori? Et si tel est le cas, quelles seront les réactions des extrémistes du nord, sur lesquels le Gouvernement semble avoir perdu tout contrôle? Quel sera le sort des centaines de milliers de travailleurs, dans les plantations de thé, d'origine indienne, aujourd'hui apatrides, qui demandent de pouvoir retourner en Inde, et que ce pays refuse d'accueillir?

L'inquiétude s'étend même, paradoxalement, à l'avenir du patrimoine et de la race cinghalaises. M. C. Mathew, Ministre des Industries, l'un des membres les plus fanatiques du Gouvernement, ne vient-il pas de lancer à grands frais une étude intitulée "An appeal to UNESCO to safeguard and preserve the cultural property in Sri Lanka endangered by racial prejudice, unlawful occupation or wilful destruction".

Il a d'autre part récemment déclaré, dans un discours: "Ce n'est pas la première fois, dans la longue histoire de notre pays, que l'Inde envahirait notre pays. Il s'est toujours trouvé des héros cinghalais pour repousser les envahisseurs. Préparons-nous donc à faire face sans peur à une nouvelle menace des Tamouls de l'Inde".

De son côté, et pour ne pas être en reste, le Président, toujours influençable et sous pression de l'aile radicale de son Gouvernement, déclarait il y a quelques jours, au cours d'un discours à l'armée: De nouvelles violences contre nos Tamouls pourraient provoquer une telle colère chez ceux de l'Inde qu'ils n'hésiteraient pas à venir au secours de leurs frères ceylanais. Si l'armée ne parvenait pas à bloquer une telle invasion, ce serait, dites-le vous bien, la fin de la race cinghalaise.

Le Chargé d'affaires de Suisse :

M. Ochs

(Ochsbein)

cc: Secrétariat politique du DFAE
DDA/DFAE

E J P D

ZUSAMMENFASSUNG UND BEGLEITBLATT

Termin

Geraffte Formulierung der wesentlichen Informationen gemäss folgender 5-PUNKTE-DISPOSITION:

① BETREFFNIS ② ANLASS ③ INHALT ④ STELLUNGNAHME ⑤ ANTRÄGE

- Zu 1: Wegweisung und Ausschaffung von tamilischen Asylgesuchstellern aus Sri Lanka nach rechtskräftigem negativem Asylentscheid
- Zu 2: In den kommenden Monaten werden zunehmend Asylentscheide rechtskräftig und müssen vollzogen werden.
- Zu 3: Angesichts der unstabilen Lage in Sri Lanka ist eine Repatriierung abgelehnter Asylbewerber nicht unproblematisch. Andererseits sollten rechtskräftige Verfügungen vollstreckt werden, damit die Asylpolitik glaubwürdig bleibt.
- Zu 4: Obwohl mit Schwierigkeiten zu rechnen ist, sollen Ausschaffungen nach Sri Lanka durchgeführt werden.

GS	30. JAN	84.004017
EJPD	4	036312

Forts. bitte wenden oder bei längeren Anträgen und Stellungnahmen neutrales A4-Blatt verwenden

Informationen über die Steuerung der Weiterleitung und Weiterbearbeitung

25.1.84 Datum

NOTIZEN des Adressaten

1 An GS EJPD

2 von BAP

Sachbearbeiter G. Zürcher Tel: 43'64

3. Zu unterbreiten an Herrn Bundesrat Friedrich

An BAP (Kopie)
 te Klarementschef ist
 mit den Ansloggen für das
Ingelen (S. 5) li. K. stehen.

(Kjetus te Behrührung
 mit hr. Kess vom 16.2.84)

Mme K, 16.2.84

Dringlich (innert 24-Stunden)	Kurzfristig (2-4 Tage)	Demnächst (5-10 Tage)
innert Monatsfrist	auf Termin	nicht termingebunden

Zur Genehmigung	Zur Unterzeichnung	Zur Stellungnahme
Zum Entscheid <input checked="" type="checkbox"/>	Zum Studium	Zur Kenntnisnahme

6. Wofür wurde die Vorlage / Schreiben / Antrag usw. erstellt? Bezug zum Auftrag / zum Anlass:

Unterschrift

Visum:

Zutreffendes Feld ankreuzen!